

Buchbesprechung: Erich Fröschl, Helmut Kramer, Eva Kreisky (Hg.): Politikberatung: zwischen Affirmation und Kritik

Campbell, David F. J.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Campbell, D. F. J. (2008). Buchbesprechung: Erich Fröschl, Helmut Kramer, Eva Kreisky (Hg.): Politikberatung: zwischen Affirmation und Kritik. [Rezension des Buches *Politikberatung: zwischen Affirmation und Kritik*, von E. Fröschl, H. Kramer, & E. Kreisky]. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37(3), 380-382. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281761>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

findungen aus den Quellen geht) bzw. ökonomisch (wo es um die theoretische „Leitlinie“ geht). Die Fragen nach epochenspezifischen, wissenschaftspolitischen Präferenzen, nach strategischen Interessen von (institutionellen und individuellen) Akteuren, nach unterschiedlichen Steuerungsprozessen und -verfahren werden zwar an verschiedenen Stellen des Buches, aber nicht systematisch behandelt.

Trotz dieser Kritik ist das Buch von Pichler, Stampfer und Hofer in mehrerlei Hinsicht eine bemerkenswerte Studie geworden. Das liegt zum einen an dem äußerlichen Umstand, dass das Thema bisher kaum zu einem Untersuchungsgegenstand geworden ist. Die Autoren erwecken auch gar nicht den „Anspruch einer lückenlosen Gesamtdarstellung“, sondern regen zu weiteren Arbeiten an: „Die historische Dimension der Wechselwirkungen zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft verdient noch viel Aufmerksamkeit“ (S. 9). Zum anderen liegt dem Buch die Auswertung von bisher unberücksichtigt gebliebenen Quellenbeständen aus dem Staatsarchiv bzw. der Akademie der Wissenschaften zugrunde. Die erstaunlich detaillierten Ergebnisse dieses Studiums verweisen auf die Notwendigkeit, dass die „historische Dimension“ vor allem einer Differenzierung bedarf, wie sie sozialwissenschaftlichen Ansätzen in diesem Bereich oftmals abgeht. Drittens ist das Buch eine interdisziplinäre Gemeinschaftsproduktion, deren Autoren selbst in verschiedenen Anwendungsbereichen des wissenschaftlichen Feldes stehen. Dass es aber keine wie sonst übliche Apologie auf die hiesigen Verhältnisse wurde, sondern eine kritische Auseinandersetzung mit diesen, das ist – quasi wissenschaftspolitisch – die erfreulichste Tatsache.

Thomas König (Wien)

E-mail: thomas.koenig@univie.ac.at

Erich Fröschl/Helmut Kramer/Eva Kreisky (Hg.)

POLITIKBERATUNG ZWISCHEN AFFIRMATION UND KRITIK

Wien 2007, Braumüller, 259 S., 24,90 EUR.

Lässt sich Politikberatung als ein praxisorientiertes und berufliches (professionelles) Anwendungsfeld der akademischen Disziplin der Politikwissenschaft verstehen? Begrifflich kann Politikberatung sowohl Politik-, PolitikerInnen- und Gesellschaftsberatung implizieren, mit teilweise fließenden Übergängen – aber auch Spannungsfeldern – zwischen diesen Konzepten. Als zentrale Forschungsfrage thematisiert vorliegendes Buch die *Politikberatung* einerseits als „Objekt politikwissenschaftlicher Forschung“ sowie andererseits als „Tätigkeitsfeld von PolitologInnen“ (S. 4). Darin reflektiert sich, dass über die universitäre Lehrschiene der Politikwissenschaft auch (aber natürlich weit nicht ausschließlich) künftige Generationen von PolitikerInnen und politischen BürgerInnen ausgebildet wer-

den. Seit den 1990er Jahren nimmt in Österreich das Phänomen der Politikberatung zu. Akademische (universitäre wie außeruniversitäre) Formen der Politikberatung werden dabei durch private Formen ergänzt, wie: (1) *Political Campaigning*, mit Einbindung internationaler BeraterInnen; (2) PolitologInnen gründen eigene Politikberatungsunternehmen; (3) es entsteht mehr Bedarf nach Mediencoaching für die Politik; (4) Ministerien erweitern die „BeamtInnenexpertise“ durch externe (*out-house*) Kompetenzen. Diese vermehrte Politikberatung entwickelt sich parallel zu neuen Herausforderungen an die Politik im Sinne eines zunehmenden Problemdrucks, kontextualisiert in voranschreitender Medialisierung – in den Worten von *Helmut Kramer*: „[...] d.h. in immer stärkerer Verengung der politischen Gestaltungsräume durch Medialisierung und Auslieferung der Politik an neoliberale Marktzwänge“ (S. 254). Dazu wird im Buch formuliert: (1) Demokratiepoltisch bedenklich wäre es, wenn es zu einer Ausblendung von Gesellschaftsberatung bei der Politikberatung käme. (2) Politikberatung darf ferner nicht als „Substitut für sozialwissenschaftlich fundierte Beratung“ (S. 1) gesehen werden.

Die zentrale Forschungsfrage der Politikberatung wird im Buch vielfach darauf fokussiert, was sich über Politikberatung aus der Perspektive einer *kritischen Politikwissenschaft* sagen lässt. Dieses Ausgangsparadigma einer kritischen Politikwissenschaft wird über folgende Merkmale bestimmt: (1) Sie ist an „Veränderungen der Wirklichkeit in demokratischer und emanzipatorischer Hinsicht“ (S. 2) interessiert; (2) sie verlangt (institutionell gedacht) autonome und unabhängige Bedingungen der Wissensproduktion; (3) und sie fordert eine Einbindung der Öffentlichkeit. Kritische Politikwissenschaft sieht sich durch Politikberatung herausgefordert. Hinzu kommt, dass Politikberatung häufig außerhalb der Politikwissenschaft generiert wird, hier also die Politikwissenschaft über kein Monopol verfügt. Die akademische Basis der Politikberatung verweist auf ein interdisziplinäres Setting.

Ein weiterer analytischer Strang des Buchs setzt sich systematisch damit auseinander, wie sich politikwissenschaftlich produziertes (kriertes) Wissen in Politikberatung und schließlich Politik umsetzen lässt. Akademisches Wissen der Politikwissenschaft/Sozialwissenschaften wird häufig nicht direkt von politischen AkteurInnen aufgenommen. Hier spielen unterschiedliche Systemlogiken hinein. Das Wissenschaftssystem ist an der Produktion von Wissen zur Erklärung der Welt interessiert. Hingegen für das politische System steht mehr die Produktion „kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ (S. 2) im Vordergrund. Akademisch produziertes politikwissenschaftliches Wissen muss in die Anwendungslogik von Politik „übersetzt“ werden, und das im Kontext begrenzter Zeitrressourcen (Zeitengpass) – es ist also nicht immer gewährleistet, dass politikwissenschaftliche Beratung bei den politischen AkteurInnen auch „ankommt“ (S. 3). Wissenschaft/Politikwissenschaft kann die Aufgabe übernehmen, neue Probleme und

Problemfelder zu entdecken, und an die Politik zu kommunizieren. Ferner wird im Buch die These vertreten, dass sich die Politikwissenschaft für Politikberatung nach Verbündeten wie NGOs und Bürgerinitiativen umsehen sowie mehr interdisziplinär für die Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftsfeldern (Disziplinen) öffnen soll.

Analytisch – aus der externen Sicht einer Buchbesprechung – lassen sich die Kapitelbeiträge der einzelnen AutorInnen folgenden Themenfeldern zuordnen.

Themenfeld Eins – Allgemein zu Politikberatungstrends in Österreich: Anton Pelinka befindet, dass sich Österreichs Politikwissenschaft wegen ihrer – im europäischen Vergleich – verspäteten institutionellen Etablierung sowie einem gewissen Naheverhältnis zur Politik dem Stress ausgesetzt sah, eine Nützlichkeit vorzuweisen. Pelinka wertet die zunehmende Medienpräsenz von Österreichs PolitologInnen als Indikator dafür, dass die gesellschaftliche Akzeptanz für Politikwissenschaft zunimmt. Eva Kreisky wirft die Frage auf, wie unter neoliberalen Bedingungen eine (kritische) Politikberatung überhaupt möglich ist, und sieht ferner Anzeichen für eine neoliberale Einbindung von Politikwissenschaft. Zur Politikwissenschaft merkt Kreisky an, dass sie zunehmend als jene sozialwissenschaftliche Disziplin auffällt, die „[...] über verwertbares, ‚marktfähiges‘ Wissen der Macht und den Mächtigen gefällig sein möchte, in der Wahlforschung, in der EU-Forschung und in so manchen Bereichen der Policy-Forschung“ (S. 40). Ähnlich argumentiert Wolf-Dieter Narr dahingehend, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen, wo Politik immer weniger Interesse an einer demokratischen Gestaltung zeigt, eine kritische Politikberatung eigentlich nur in Ausnahmefällen möglich ist. Regina Köpl unterstreicht, dass die voranschreitende Medialisierung von Politik (und Gesellschaft) einen vermehrten Bedarf an Politikberatung nach sich zieht. Solche politischen Marketingtendenzen lassen sich auch als Modernisierungsprozesse des Politischen verstehen. Gleichzeitig soll die Politikwissenschaft die demokratiepolitischen Konsequenzen von Politikberatung reflektieren sowie Möglichkeiten für eine demokratiepolitisch verantwortungsvolle Öffentlichkeitsarbeit konsequent nutzen. Für die konkrete politische Phase der schwarz/blau/orangen Koalitionsregierungen Schüssel I und II kommt Erich Fröschl zu dem Schluss, dass die zunehmend neoliberale Ausrichtung von Österreichs Wirtschaft- und Sozialpolitik durch externe Politikberatung zusätzlich abgesichert beziehungsweise verstärkt wurde, die dabei vielfach vorwiegend ökonomischen Rationalitäten folgte.

Themenfeld Zwei – Bezüge (Nicht-Bezüge) zwischen politikwissenschaftlich produziertem Wissen und der Politik in verschiedenen Politikfeldern: Grundsätzlich epistemologisch gedacht betont Thomas König, dass – in Ergänzung und Erweiterung einer reinen „Auftragsforschung“ und „Beratungstätigkeit“ – die Politikwissenschaft auf das „Denkwerkzeug der Kritik“ (S. 69) nicht verzichten darf. Mit dem Begriff der „Versozialwissenschaftlichung“ (S. 68)

vertritt König die These, dass sozialwissenschaftliche Lehre und Forschung verstärkt nachgefragt werden. Von wissenschaftlicher Seite her können einzelne Kompetenzfelder der Politikwissenschaft natürlich abklären helfen, was Möglichkeiten und gleichzeitig Grenzen von Politikberatung sind. Parteien- und Wahlforschung repräsentieren Kernkompetenzen der Politikwissenschaft. Hubert Sickinger stellt für Österreichs universitär verankerte Politikwissenschaft die (überraschende) These auf, dass Parteien- und Wahlforschung nicht immer zu den zentralen politikwissenschaftlichen Forschungsfeldern zählen: „Wie beschrieben, hat sich auch im Bereich der Parteienforschung der Forschungsstand (hinsichtlich Umfang und qualitativer Standards) seither deutlich verbessert, obwohl es weiterhin bemerkenswert große Forschungslücken gibt“ (S. 121). Leila Hadj-Abdou zeigt in ihrem Beitrag auf, dass in Österreich, während der letzten Jahre, das politikwissenschaftliche Forschungsfeld der Migrationsforschung durch ausgeweitete Forschungsförderungen zwar kompetent weiterentwickelt wurde und sich auch ausdifferenzierte. Gleichzeitig operiert die Politik weitgehend abgekoppelt von dieser wissenschaftlichen Migrationsexpertise. Petra Purkarthofer verweist auf folgendes doppeltes Dilemma – einerseits ist die Entwicklungsforschung in Österreich unterfinanziert; andererseits bindet Entwicklungspolitik (binden EntwicklungspolitikerInnen) die EntwicklungsforscherInnen nicht in politische Entscheidungen ein. Damit gelang in diesem Politikfeld noch kein entsprechender Übersetzungsprozess der Systemlogiken von Wissenschaft und Politik. Doris Wydra macht deutlich, wie für gängige Politikberatung im Politikfeld Gesundheitspolitik die neoliberale Prämisse der Marktsteuerung gilt. Dem hält sie gegenüber, dass eine verantwortungsvolle und politikwissenschaftliche fundierte Politikberatung mehr eine ganzheitliche Betrachtungsweise entwickeln und dabei komplexe Interaktionsbeziehungen von Gesundheit-Medizin-Technologie adäquater reflektieren soll. Im Gesundheitsbereich entstehen infolge neuer Technologien auch politische Herausforderungen, die wiederum einen Mehrbedarf für wissenschaftliche Kompetenzen erzeugen. Marion Löffler weist in ihrem Beitrag nach, wie die politische Vorgabe des Gender Mainstreaming einen vermehrten Bedarf für Gender-Expertise entstehen lässt. Ein wichtiges Referenzmaß für Gender-Expertise wäre demnach, inwieweit diese in Politikberatung für das Politikfeld Gleichstellungspolitik einfließt beziehungsweise einfließen kann. Heinz Gärtner wiederum bietet eine Typologie unterschiedlicher Formen von Politikberatung in der Außen- und Sicherheitspolitik an. Gleichzeitig äußert er eine gewisse Skepsis, dass Wissenschaft die Politik beeinflussen kann. Vielmehr beeinflusst die Politik die Wissensproduktion. Marcel Fink fokussiert auf das Beziehungsgeflecht von *Knowledge* (wissenschaftsbasiertes Sachwissen) und *Power* (staatliche Macht). Für die historische Phase des Ausbaus der europäischen Wohlfahrtsysteme (des „goldenen Zeitalters des Wohlfahrtsstaates“) stellt Fink die

These auf, dass hier „politische Rationalitäten“ und politische Kontextbedingungen für die *Political Community* (politischen EntscheidungsträgerInnen) relevanter waren als Analyseergebnisse einer *Scientific Community* (WissenschaftlerInnen). Jedoch: „Mit der so genannten Krise des Wohlfahrtsstaates ab den 1980er Jahren ist ein Bedeutungsgewinn wissenschaftlich basierter Ideen und Argumente zu verzeichnen“ (S. 154).

Themenfeld Drei – Strategiefragen für Politikwissenschaft und Politikberatung: Sonja Puntscher Riekmann verweist auf ein gewisses Paradoxon in Österreich. Das Europathema wurde (und wird) seitens der Politikwissenschaft mit kompetenter Forschungsexpertise entsprechend bearbeitet. Gleichzeitig spielen JuristInnen für Politikberatung zu Europathemen eine dominantere Rolle. Österreichs Politikwissenschaft sollte deshalb für ihren universitären Lehrauftrag und ihre Forschungsagenden deutlicher auf Europathemen setzen und diese einbinden. Nonno Breuss beschäftigt sich mit Lobbying als NGO-Strategie. Lobbying wird dabei häufig als Instrumentarium zur Einbringung und Durchsetzung von Inhalten gegenüber nationalen Regierungen gesehen. Ein teilweiser Macht- und Funktionsverlust von nationaler Politik, so Breuss, führte zu einem Strategiewechsel der Lobbyingaktivitäten von NGOs. NGOs versuchen jetzt verstärkt direkt KonsumentInnen/BürgerInnen, Unternehmen und internationale Institutionen anzusprechen. Die internationale Koordinierung von NGO-Aktivitäten gewinnt an Relevanz. Laut Breuss ist dabei nicht so sehr das *Wie* von Lobbying das Problem, sondern vielmehr die Kontexteinschätzung, *wann* Lobbying erfolgsversprechend und zielführend sein kann. In seinem bilanzierenden Abschlusskapitel kommt Helmut Kramer für Österreich zu dem Befund, dass es hier keinen „produktiven Dialog“ zwischen einer (unabhängigen und autonomen) Politikwissenschaft und der „politischen Klasse“ gibt. Deshalb stellt Kramer der österreichischen Politikwissenschaft zur Diskussion, weniger auf Politikberatung, sondern mehr auf „Gesellschaftsberatung“ zu setzen, und dabei zwei Grundsätze zu berücksichtigen: erstens die Öffentlichkeit über politikwissenschaftliche Forschungsergebnisse zu informieren; sowie zweitens Kooperationen mit anderen demokratiepolitisch interessierten AkteurInnen und Bewegungen einzugehen. „Die österreichische Politikwissenschaft [...] ist gut beraten, in einer Situation, in der die politische Klasse an dialogischer wissenschaftlicher Politikberatung wenig Interesse zeigt, weiterhin auf ‚Gesellschaftsberatung‘ zu fokussieren“ (S. 254).

Wie die hier kurz besprochenen Befunde der einzelnen AutorInnen über Einfluss beziehungsweise Nicht-Einfluss von Politikwissenschaft auf Politikberatung und Politik aufzeigen, fallen Einschätzungen teilweise unterschiedlich aus. Es entsteht der Eindruck, dass abhängig vom Politikfeld, der (historischen) Zeitphase und politischen Rahmenbedingungen die Politikwissenschaft mehr oder weniger Einfluss spielt beziehungsweise spielen kann. Natürlich

wird politikwissenschaftliches *Knowledge* meist nicht direkt in staatliche *Power* (politische Handlungen) eingespielt. Einerseits verlangen unterschiedliche Systemrationalitäten von Wissenschaft und Politik doch komplexe (dialogische, nicht-lineare) Übersetzungsprozesse. Andererseits sind sowohl die Politikwissenschaft (im Sinne verschiedener Theorien, Modelle und Methoden) als auch die Politikberatung ihrerseits „pluralistisch“ aufgesetzt. Politikberatung ist als Phänomen nicht mehr wegzudenken, und es spricht vieles dafür, dass Politikberatung in Zukunft noch zunehmen wird. Politikberatung birgt Risiken für die Politikwissenschaft. Gleichzeitig bietet die Politikberatung als Praxisfeld den AbsolventInnen der Politikwissenschaft auch berufliche Chancen. Wichtig ist und wird bleiben, dass politikwissenschaftliche Politikberatung als Referenz immer eine Gesellschaftsberatung mitreflektiert – also getragen wird von einem demokratiepolitischen Grundverständnis und dem Ziel des Einfließens politikwissenschaftlich fundierter Politikberatungsergebnisse in die öffentlichen Diskurse (unter Nutzung der Medialisierung). Vorliegendes Buch liefert für Österreichs Politikwissenschaft somit auf hohem Qualitätsniveau einen äußerst wichtigen Diskussionsbeitrag für eine *politikwissenschaftliche Politikberatung*.

David F. J. Campbell (Wien)

E-mail: david.campbell@uni-klu.ac.at

Hannes Heer/Walter Manoschek/Alexander Pollak/Ruth Wodak (Hg.)

THE DISCURSIVE CONSTRUCTION OF HISTORY.

Remembering the Wehrmacht's War of Annihilation, London 2008, Palgrave MacMillan, 331 S., 68,99 EUR.

1995 und – in einer Neuauflage – 2001 startete die „Wehrmachtausstellung“ in deutschen und österreichischen Städten. Das Echo war intensiv und vielschichtig: Im wissenschaftlichen Diskurs wurde einmal mehr die so bequeme Trennung in die „anständige“ Wehrmacht und die verbrecherische SS als falsch hingestellt. Die Wehrmacht war ein, ja das entscheidende Instrument, das dem NS-Regime die Umsetzung seiner a priori verbrecherischen Politik erlaubte; ein Instrument, das direkt in zahllose Massenmorde verwickelt war, die auch bei der flexibelsten Interpretation nicht mehr als Kriegshandlungen im Sinne der Internationalen Kriegsrechtes verstanden werden können. Der wissenschaftliche Diskurs erhielt durch die Ausstellung zusätzliche und vertiefende, wenn auch keine prinzipiell neuen Argumentationsgrundlagen.

Der politische Diskurs hingegen war heftig und zeigte, dass das, was als wissenschaftliche Erkenntnis in der „scientific community“ als unbestritten gilt, politisch nach wie vor Erdbeben auslösen kann. Es ging eben auch um die „Ehre“ (oder wie diese Begriffe immer auch heißen mögen) einer „Kriegsgeneration“, die von Hans Dichand,